

sehr bedeutende Objekte, Übersetzungsfirma, 258 Verwaltungsgebäude, 31 Schulen und Bildungsstätten, 32 Erholungsheime und Gästehäuser, ferner Einfamilienhäuser, Bungalows und eine bisher nicht genau ermittelte Anzahl weiterer Immobilien, Bruttowert ca. 8 bis 10 Mrd. M der DDR.

Für die komplizierte Berichterstattung hinsichtlich aller Vermögensveränderungen zwischen dem 7.10. 1989 und dem 31.5. 1990 wurde von der PDS eine Nachschrift bis zum 20.7.1990 beantragt. Dieser Bericht konnte hier noch keine Berücksichtigung finden. Bei allen genannten Parteien und beim FDGB stehen ca. 70 % der Immobilien in Rechtsträgerschaft des Volkseigentums. Verschiedene Objekte und Betriebe wurden entgegen der Verfassung aus dem Volkseigentum ausgegliedert und den Parteien oder VOB unentgeltlich zu Eigentum überlassen.

Frist für alle im Parteienänderungsgesetz genannten Parteien und die ihnen verbundenen Organisationen gemäß § 20 a wurde auf den 30. Juli 1990 bestimmt. Für den Zeitraum von über 40 Jahren bedürfen präzise Angaben zum Erwerb, zu Veränderungen von Eigentum und damit zum Vermögenszuwachs und Vermögensbestand eines realistischen Zeitaufwands. Viele neue Parteien und Gruppierungen haben, wie aus den Zahlenangaben ersichtlich wurde, bisher das Gesetz ignoriert. 31 Berichte fehlen ganz. Die Massenorganisationen oder die mit den Parteien verbundenen Organisationen, beispielsweise der FDGB, haben alle das Gesetz ignoriert. Sie wurden von der Kommission zur Abgabe des Berichtes zusätzlich aufgefordert. Die Kommission hat bereits in ihrer 4. Sitzung darauf hingewiesen, daß die Konkretisierung des Parteiengesetzes und des Parteienänderungsgesetzes notwendig erscheint. Gesetzesänderung bzw. Erlaß einer Durchführungsbestimmung zur klaren Abgrenzung sind notwendig, und zwar a) für die erfüllbare Arbeit der Kommission, b) für die Aufgabenstellung des Ministeriums der Finanzen zur Erfassung des Volkseigentums und zur Einschränkung der Vermögensbefugnisse der Rechtsträger, soweit diese Parteien und Vereinigungen sind, c) Übertragung der Aufgaben zur Entflechtung von Volkseigentum und Parteieneigentum durch eine besondere Abteilung der Treuhandanstalt.

Die Notwendigkeit ergibt sich aus bekanntgewordenen Tatsachen, zum Beispiel daraus, daß eine Wirtschaftsverwaltungseinheit der PDS, VOB Fundament, vor dem 31. Mai 1990 besondere Heime in eine Belvedere GmbH bzw. in eine Schwarzeck GmbH umgewandelt hat. Diese Umwandlung erfolgte, obwohl nur Rechtsträgerschaft besteht oder Eigentum der SED - VOB Fundament - dadurch entstanden war, daß Volkseigentum an Immobilien durch Entscheidungen der früheren Landesregierung an die SED verschenkt wurde. Volkseigentum war in diesen Fällen durch die SMAD-Befehle Nr. 124 und 64 entstanden.

Die Überprüfung der Berichte erfolgte durch in Aussicht gebrachte unabhängige Prüfungsorgane, Treuhandgesellschaften bzw. durch Mitarbeiter des Zentralen Rechnungshofes der Republik, soweit dessen Mitarbeiter vom Ministerium der Finanzen dafür freigestellt und für die Aufgabenstellung geeignet sind.

Kurzzeitig erfolgte die Überprüfung für die DBD. Der Bericht ist klar. Hier sind keine Wirtschaftseinheiten vorhanden, und es gibt keine Vermögensveränderungen nach dem 7. Oktober 1989.

Der Bund Freier Demokraten hat einen vermutlich vollständigen Bericht eingereicht. Der Bericht umfaßt bereits alle Angaben über den Zeitraum von 1945 bis 1989 hinsichtlich des Erwerbs und der Vermögensveränderungen in dieser Zeit.

Unabhängig von der Entscheidung der Kommission zur Überprüfung erfolgt durch Entscheidung des Vorstands eine Überprüfung durch eine Revisionsanstalt.

Bezüglich des Auslandsvermögens wird hier im Bericht aufgeführt: Die PDS hat in einer Presseerklärung vom 1. Juli 1990 durch den stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Herrn Pohl erklärt, daß das Vermögen aus der Tätigkeit des früheren Staatssekretär Herrn Schalck-Golodkowski möglicherweise sich im nichtsozialistischen Ausland befindet - so war der Terminus -, kein Vermögen ist, das der PDS oder der SED gehört, sondern

Eigentum der DDR ist. Die Kommission erwartet eine klare rechtliche Vereinbarung zwischen dem Ministerium der Finanzen und der PDS zur Sicherung des Eigentums der DDR und könnte insoweit, wenn diese zustande kommt, das Problem des Vermögens im nichtsozialistischen Ausland danach als abgeschlossen ansehen.

Der Vorsitzende der Kommission hat bisher neben den organisatorischen Hauptaufgaben über 100 Eingaben und Informationen von Bürgern beantwortet. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Sind jetzt noch Fragen? - Herr Abgeordneter Ringstorff!

Dr. Ringstorff (SPD):

Herr Ministerpräsident, geben Sie mir recht, daß nach dem als überraschend geplanten Beschluß in der Volkskammer 2 bis 3 Wochen von der Regierungskommission überhaupt nicht gehandelt worden ist, sondern von Parteien lustig im alten Stil weitergewirtschaftet werden konnte? Eine Partei war sogar überrascht, daß das so weiter funktionieren konnte.

Ministerpräsident de Maiziere:

Dazu ist auszuführen, daß ich unmittelbar nach dem Beschluß nach einer geeigneten Persönlichkeit Ausschau gehalten habe und es einige Tage, wenn auch unter einer Woche gedauert hat, bis ich Herrn Rechtsanwalt Reinecke für die Aufgabe gewinnen konnte. Es bestand der Wunsch der Fraktionen, daß aus jeder Fraktion ein Mitglied benannt werden sollte. Die Benennung dieser Mitglieder ist außerordentlich zögerlich erfolgt, und auch im folgenden war es sehr schwierig für Herrn Rechtsanwalt Reinecke, die Arbeit der Kommission zu organisieren, weil die aus der Kammer kommenden Abgeordneten durch Ausschußsitzungen und ähnliches verhindert waren, so daß Termine mehrfach umgestellt werden mußten, um es überhaupt zu Kommissionsitzungen zu bringen.

Dr. Ringstorff (SPD):

Darf ich noch eine Zusatzfrage stellen?

(Ministerpräsident de Maiziere: Bitte, gern.)

Ich glaube, Sie müssen mir dann recht geben, daß in dieser ganzen Angelegenheit ziemlich dilettantisch verfahren worden ist.

Ministerpräsident de Maiziere:

Es ist durch einen nach meiner Einschätzung erfahrenen Rechtsanwalt verfahren worden, und er hat die rechtlichen Probleme hier aufgelistet. Wenn Sie das dilettantisch nennen, dann müssen Sie mir den Begriff „Dilettantismus“ erklären. Ich für mich kann ihn allerdings definieren und würde dann Ihre Feststellung nicht teilen.

Dr. Ringstorff (SPD):

Halten Sie es für richtig, daß in so einer brisanten Angelegenheit, in der die Regierung zum Handeln gezwungen war, es ausreicht, einen einzelnen Rechtsanwalt zu beauftragen?

(Beifall bei der SPD)

Ministerpräsident de Maiziere:

Es muß eine unabhängige Kommission gebildet werden, und